



2025 WELTTAG DES BEDROHTEN ANWALTS BELARUS



INTERNATIONALES
OBSERVATORIUM
FÜR RECHTSANWÄLTE



protect-lawyers.org

Diese Broschüre wurde von dem Internationalen Observatorium für bedrohte Anwälte (OIAD) in Zusammenarbeit mit der Belarusian Association of Human Rights Lawyers (BAHRL) erstellt.

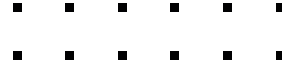
Der Welttag des bedrohten Anwalts markiert seit 2009 am 24. Januar mehrere Städte, Länder und Kontinente auf der ganzen Welt. Dieser Tag erinnert an das „Atocha-Massaker“ im Jahr 1977, bei dem vier Kollegen in Madrid, Calle Atocha 55, ermordet wurden.

Dieser internationale Tag soll die Aufmerksamkeit der Zivilgesellschaft und der Behörden auf die Situation der Rechtsanwältinnen in einem bestimmten, jedes Jahr ausgewählten Land lenken, um die Bedrohungen bekannt zu machen, denen sie bei der Ausübung ihres Berufs ausgesetzt sind.

Nach der Situation der Anwältinnen in der Türkei, auf den Philippinen, in Honduras, China, Ägypten, Pakistan, Aserbaidschan, Kolumbien, Afghanistan und im Iran wird der Welttag des gefährdeten Anwalts 2025 der Situation der Anwältinnen in Belarus gewidmet sein.

„Den Menschen ihre Menschenrechte zu verweigern, bedeutet, ihre Menschlichkeit selbst in Frage zu stellen.“ (Nelson Mandela)





Der **Anwaltsberuf in Belarus** ist aufgrund der **systematischen Unterdrückung durch die Regierung** stark gefährdet. Aufgrund ihres Engagements für die Verteidigung ihrer Mandanten haben Anwälte schwere Konsequenzen zu tragen, darunter Strafverfolgung, Inhaftierung, Berufsverbot, Disziplinarmaßnahmen, Schikanen, Folter und Exil.

Erfahren Sie auf den folgenden Seiten mehr über die Realität der belarussischen Anwälte, die mutig die Grundrechte der belarussischen Bürger verteidigen.



POLITISCHER RAHMEN IN BELARUS



Belarus wird von einem autoritären Regime unter der Führung von Alexander Lukaschenko regiert, der seit 1994 an der Macht ist. Lukaschenko hat seinen Einfluss auf alle Bereiche der Regierung verstärkt, insbesondere durch die Schwächung der Unabhängigkeit des Parlaments und der Justiz.

Seit seiner umstrittenen Wiederwahl im Jahr 2020 ist die politische Landschaft in Belarus durch einen nahezu vollständigen Mangel an Pluralismus gekennzeichnet, da Oppositionsparteien marginalisiert und ihre Führer häufig inhaftiert oder ins Exil geschickt wurden. Unabhängige Medien werden stark unterdrückt und die freie Meinungsäußerung wird durch restriktive Gesetze und eine allgegenwärtige Zensur erstickt. Vor diesem Hintergrund stützt sich die belarussische Regierung auf loyale Sicherheitskräfte, um ihre Macht zu erhalten, und greift häufig auf Gewalt und Einschüchterung zurück, um jede Form von Dissens zu minimieren.

Die Behörden gingen verstärkt gegen Anwälte vor, die sich auf die Verteidigung der Menschenrechte spezialisiert haben. Die Regierung versucht, jede abweichende Stimme zum Schweigen zu bringen, indem sie besonders diejenigen ins Visier nimmt, die versuchen, die Grundrechte zu schützen. Damit ist Belarus ein eindrucksvolles Beispiel für die Schwächung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten unter einem autoritären Regime.





DER RECHTLICHE UND JUSTIZIELLE RAHMEN IN BELARUS

Mangelnde Unabhängigkeit der Justiz

Das belarussische Justizsystem ist von mangelnder Unabhängigkeit geprägt und wird von De-facto-Präsident Lukaschenko streng kontrolliert. Wie vor den Verfassungsänderungen von 2022 ernannt der De-facto-Präsident die Mehrheit der Richter und entlässt sie auf Vorschlag der Gerichtspräsidenten aus dem Amt. Der Einfluss der Exekutive auf die Judikative ist offensichtlich, da die Gerichtspräsidenten auf Vorschlag des De-facto-Präsidenten selbst gewählt werden.

Infolgedessen sind die nationalen Gerichte nun Teil eines Unterdrückungsmechanismus, der systematisch politisch motivierte Urteile gegen Dissidenten verhängt und damit gegen zahlreiche Garantien für ein faires Verfahren verstößt. Angesichts der **harten Repressionen gegen Anwälte**, die politisch motivierte Fälle vertreten, **traut sich kaum ein Anwalt, solche Fälle zu übernehmen**, was das Recht auf einen fairen Prozess, ein ordentliches Verfahren und den Zugang zu Rechtsmitteln in Belarus schwer beeinträchtigt hat.



Volle staatliche Kontrolle über den Rechtsberuf



Ende 2021 trat eine Reform über die Anwaltskammer und die Rechtspraxis in der Republik Belarus in Kraft, die wichtige Änderungen einführte, die die Abhängigkeit und Kontrolle des Berufsstandes durch staatliche Stellen erhöhten.

Die belarussischen Behörden haben **die Kontrolle über die Rechtsberufe übernommen und deren Unabhängigkeit ausgehöhlt**; die Anwaltskammern sind zum Vehikel für die Agenda und die Repressionen der Regierung geworden. **Das Justizministerium übt die vollständige Kontrolle über die Anwaltskammer aus**, die eng mit dem Staat verbunden ist und die Regierungspolitik systematisch unterstützt. Es ist befugt, unter fadenscheinigen Vorwänden Anwälte zu entlassen und Vereinigungen aufzulösen.

- Aktive Unterstützung der Anwaltskammer bei von der Regierung genehmigten Wahlen, was die Vorstellung verstärkt, dass Anwälte Verbündete der Regierung sind;
- Rechtsanwälte dürfen nicht mehr als Einzelpersonen arbeiten oder ihre eigenen Kanzleien eröffnen, sondern sind verpflichtet, in Rechtsberatungsbüros mitzuarbeiten, die von den regionalen Anwaltskammern in Abstimmung mit dem Justizministerium eingerichtet und beaufsichtigt werden.
- Vermindertes Vertrauen der Öffentlichkeit in die Unabhängigkeit von Anwälten, was die Bürger davon abhält, sie als Verteidiger individueller Rechte zu betrachten;
- Zurückhaltung der Öffentlichkeit bei der Einforderung von Gerechtigkeit in wahlbezogenen Fällen aufgrund der Wahrnehmung, dass die Anwälte zugunsten der Regierung voreingenommen sind;
- Beschränkter Zugang zum Rechtsberuf, wobei die Auswahl der Delegierten auf Loyalität beruht und die Qualifikationsprüfungen vom Ministerium kontrolliert werden, wodurch unabhängige Stimmen eingeschränkt werden;
- Erosion der demokratischen Grundsätze und des Menschenrechtsschutzes, da den Bürgern der Zugang zu einer unparteiischen Rechtsverteidigung verwehrt wird.

ANWALT SEIN IN BELARUS



HINDERNISSE FÜR DIE AUSÜBUNG DES ANWALTSBERUFS IN POLITISCH MOTIVIERTEN PROZESSEN

Mangelnde Transparenz:

Seit 2020 zwingen Ermittler Anwälte in politisch motivierten Strafverfahren zunehmend dazu, zu weit reichende Geheimhaltungserklärungen zu unterzeichnen. Die Tatsache, dass die Weitergabe von Informationen ohne Genehmigung eine Straftat darstellen kann, hat auf Anwälte, die Willkür öffentlich anprangern, eine abschreckende Wirkung. Darüber hinaus ist die Praxis, Prozesse unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu führen, in solchen Fällen weit verbreitet, was den Nährboden für Menschenrechtsverletzungen erhöht.

Verletzung der Standards für ein faires Verfahren:

Strafverteidiger in politisch motivierten Fällen geben an, dass sie sich aufgrund der ständigen Verletzung regulärer Verfahren hilflos und unfähig fühlen, ihre Mandanten effektiv zu verteidigen. Der Grundsatz der „Waffengleichheit“ wird untergraben, indem oftmals der Zugang zu allen Akten verhindert, der Zugang der Anwälte zu ihren Mandanten eingeschränkt und die Vertraulichkeit ihrer Kommunikation verletzt wird.



VERFOLGUNG VON ANWÄLTEN

Zum ersten Mal in der Geschichte von Belarus wurden Anwälte aufgrund ihrer Arbeit im Namen ihrer Mandanten selbst zu politischen Gefangenen.

Die Repressionen gegen Rechtsanwälte in Belarus haben sich seit den Wahlen 2020 verschärft. Diejenigen, die politische Gegner verteidigen oder die Maßnahmen der Regierung kritisieren, werden systematisch verfolgt oder verhaftet. Sanktionen, seien sie administrativer oder strafrechtlicher Art, führen fast zwangsläufig zu ihrem Ausschluss, was ein ständiges Klima der Angst schafft. Diese Situation verschärft die Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit und macht eine faire Justiz für die Bürger unmöglich.



FORMEN DER UNTERDRÜCKUNG

Rechtsanwälte sind verschiedenen Formen der Unterdrückung ausgesetzt, zu den häufigsten gehören der Ausschluss aus der Anwaltskammer, administrative und strafrechtliche Verhaftungen, Schikanen und öffentliche Diskreditierung. Einige wurden inhaftiert, in unfairen Verfahren angeklagt oder sind sogar gewaltsam verschwunden, um sie zum Schweigen zu bringen und die Verteidigung der Menschenrechte zu verhindern.



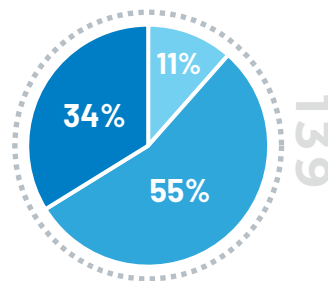
DATEN 2020-2024:

- Mindestens **11 Anwälte** strafrechtlich verfolgt wegen ihrer Rechtspraxis
- **6 Anwälte** befinden sich derzeit im Gefängnis – einer von ihnen wird in Isolationshaft gehalten
- **4 Anwälte** sollen während ihrer Inhaftierung und Verhöre gefoltert worden sein
- Mindestens **3 Anwälte** sollen gezwungen worden sein, sogenannte „Geständnisvideos“ zu filmen, in denen sie gezwungen wurden, illegale Handlungen zu gestehen.
- Mindestens **139 Anwälten** wurde das Recht auf Berufsausübung entzogen auf der Grundlage von:

■ Fehlverhalten, das mit dem Titel des Anwalts unvereinbar ist

■ Die Ergebnisse der Zertifizierung / Re-Zertifizierung durch die Qualifikationskommission unter der Schirmherrschaft des Justizministeriums

■ Die Entscheidung der Disziplinarkommission der territorialen Anwaltskammer (Rat der territorialen Anwaltskammer)



Seit Beginn des Jahres 2024 haben die territorialen Behörden und Kammern darauf verzichtet, Informationen über den Entzug der Anwaltslizenz zu übermitteln.



FOLGEN FÜR ANWÄLTE: EXIL ALS MITTEL ZUM ÜBERLEBEN

Das harte Vorgehen gegen Rechtsanwälte führte zu einem massenhaften Exil, das viele von ihnen wählten, um ihrer Verhaftung zu entgehen. Belarussische Anwälte, denen es gelungen ist, aus dem Land zu fliehen, werden weiterhin in folgender Form verfolgt:

- Drohungen gegen ihre Angehörigen;
- Einleitung eines Strafverfahrens gegen sie und Beschlagnahme ihres in Belarus verbliebenen Eigentums;
- Strafrechtliche Verfolgung von Anwälten in Abwesenheit in politisch motivierten Fällen („Sonderverfahren“)
- Entzug der Staatsbürgerschaft bei Anklage wegen eines politischen Verbrechens



FOLTER UND MISSHANDLUNG IN HAFT

Zeugen zufolge wendet die Polizei bei Festnahmen, Inhaftierungen und Verhören auch Folter an. Auch Anwälte würden geschlagen, mit Gas besprüht und in Handschellen gelegt sowie bedroht, einschließlich der Androhung von sexueller Gewalt.

Zu administrativen Festnahmen verurteilte Anwälte sollen in den Haftanstalten unmenschlich und erniedrigend behandelt worden sein. Es wurden jedoch keine Angaben zu den Bedingungen gemacht, unter denen Anwälte, die in Strafsachen verurteilt wurden, ihre Strafe verbüßen.

Nach 2020 wurde nicht ein einziger Fall von Polizeiübergreifen oder Folter vor Gericht gebracht, sodass diese eklatanten Menschenrechtsverletzungen völlig ungestraft blieben.



Natallia Matskevich



Natallia arbeitete von 1994 bis 2021 als Rechtsanwältin in Minsk. Ihre Karriere fiel mit der Herstellung der Unabhängigkeit von Belarus als postsowjetischer Staat zusammen, der im Laufe der Zeit in das autoritäre Regime von Alexander Lukaschenko abrutschte.

„Ich habe die Menschenrechte vor nationalen Gerichten und UN-Gremien verteidigt und mich mit Migrationsfragen befasst. Ich habe mich mit Fällen befasst, die Politiker, Menschenrechtsverteidiger, Aktivisten und Journalisten betrafen.“

2020-2021, während der politischen und rechtlichen Krise in Belarus im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen 2020, bearbeitete ich

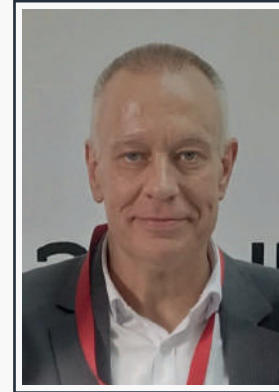
die Fälle von Lukaschenkos wichtigsten politischen Gegnern Sergej Tihanovskij und Viktor Babaryka. Aufgrund meiner beruflichen Tätigkeiten wurde ich im Oktober 2021 abberufen.

Ich war häufig mit Verletzungen von und Verfahrensrechten konfrontiert. Es kam vor, dass mir das Recht, meine Mandanten in Haftanstalten zu besuchen, verweigert wurde. Im April 2021 wurde mein vertrauliches Gespräch mit Sergey Tihanovski in einer Untersuchungshaftanstalt im Staatsfernsehen übersetzt. Ich wurde im Oktober 2021, mitten in Tihanovskis Prozess, der hinter verschlossenen Türen in einem Gefängnis stattfand, von der Ausübung des Anwaltsberufs suspendiert. Danach wurde mir das Recht, in Belarus zu praktizieren, entzogen, doch ich verteidigte meine Mandanten weiterhin vor UN-Gremien.

Nachdem ich vorgeladen worden war, um über meine Verbindungen zu Menschenrechtsorganisationen befragt zu werden, wurden meine Familie und ich gezwungen, Belarus in Richtung Georgien (um nicht die EU-Grenze überschreiten zu müssen) und dann nach Litauen zu verlassen.

Heute arbeite ich als Expertin in nicht formalen Menschenrechtsbildungsprogrammen für Anwälte und Menschenrechtsverteidiger und bin an Projekten zur Entwicklung einer Gesetzesreform für das zukünftige Belarus beteiligt. Ich vertrete weiterhin meine Mandanten in internationalen Gremien und in der Öffentlichkeit.“

Andrei Atamanchuk

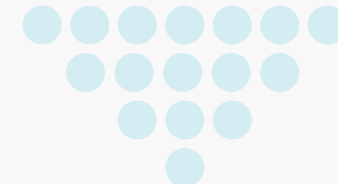


Andrei Atamanchuk ist seit 1998 im Rechtswesen tätig. Seit 2018 ist er Rechtsanwalt und hat unter anderem als Strafverteidiger in politisch motivierten Straf- und Verwaltungsverfahren mitgewirkt, darunter auch die Verteidigung von Personen, die von der internationalen Gemeinschaft als politische Gefangene anerkannt wurden.

„Am Morgen des 31. März 2022 drangen KGB-Beamte in meine Wohnung ein und führten eine Hausdurchsuchung durch. Ich wurde wegen nicht existierender Vergehen angeklagt, woraufhin mir 30 Tage lang die Freiheit entzogen wurde. Die Leitung der Anwaltskammer in Minsk

unternahm nichts, um mir zu helfen; im Gegenteil, sie setzte alles daran, mir schnell das Recht auf Ausübung meines Berufs zu entziehen. Laut den KGB-Offizieren ist die Leitung der Anwaltskammer direkt an der Verfolgung unerwünschter Anwälte beteiligt. (...)

Ich war gezwungen, Belarus mit meiner Familie zu verlassen und nach Litauen zu gehen, das uns den Status eines legalen Daueraufenthalts gewährt, uns kostenlose litauische Sprachkurse angeboten und alle Voraussetzungen für unsere Integration in die litauische Gesellschaft geschaffen hat.“





VORSTELLUNG DES INTERNATIONALEN OBSERVATORIUMS FÜR BEDROHTE ANWÄLTE

Das Internationale Observatorium für bedrohte Anwälte (OIAD) ist eine Initiative des Conseil national des barreaux (Frankreich), der Anwaltskammer Paris (Frankreich), des Consejo General de la Abogacía Española (Spanien) und des Consiglio Nazionale Forense (Italien).

Das 2016 gegründete OIAD soll Anwälte verteidigen, die bei der Ausübung ihres Berufs bedroht werden, und Situationen aufdecken, die die Rechte der Verteidigung verletzen.

Es soll sich in die Landschaft der Mechanismen zum Schutz von Anwälten im Allgemeinen und von Menschenrechtsverteidigern im Besonderen einfügen, indem es bestehende Mechanismen ergänzt und eng mit etablierten Netzwerken zusammenarbeitet.

Durch den Zusammenschluss möglichst vieler Anwaltskammern und Organisationen ist das OIAD ein wichtiger Akteur auf internationaler Ebene, der sich für die Verteidigung bedrohter Anwälte einsetzt.



PRÄSENTATION DER BELARUSSISCHEN VEREINIGUNG VON MENSCHENRECHTSANWÄLTEN

Seit ihrer Gründung im April 2023 setzt sich die Belarusian Association of Human Rights Lawyers (BAHRL) aktiv für Rechtsanwälte ein, die wegen ihrer Rolle in politisch sensiblen Fällen verfolgt werden.

Die Organisation, die aus erfahrenen Anwälten besteht, vertritt Angehörige von Rechtsberufen, denen willkürlich die Zulassung entzogen oder die wegen ihrer Arbeit strafrechtlich verfolgt wurden. Diese Anwälte waren häufig in Fälle verwickelt, die in den Medien große Beachtung fanden, darunter die Fälle von Maria Kolesnikowa und Sergej Tichanowskij.

Der Verein vertritt Anwälte, die von Belarus bedroht werden. Sie arbeitet mit internationalen juristischen Organisationen zusammen, um auf die Unterdrückung belarussischer Anwälte aufmerksam zu machen und die rechtliche Unterstützung zu verbessern.

